

# Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

## Kommunalwahlen: schwere Niederlage für Regierungskoalition, Rajapaksa triumphiert

Die sri-lankische Regierungskoalition hat bei den Kommunalwahlen am 10. Februar eine schockierende Niederlage erlitten. Bereits vor Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses war der haushohe Sieg des oppositionellen Bündnisses um Mahinda Rajapaksa abzusehen. Die Regierungskoalition von Premierminister Ranil Wickremesinghe (*United National Party*, UNP) erhielt 32,63 Prozent der Stimmen, während die *United People's Freedom Alliance* (UPFA) von Präsident Maithripala Sirisena nur 8,94 Prozent der Stimmen holen konnte (Details im nachfolgenden Artikel). Nach der Veröffentlichung der Endergebnisse erlangte die rechtspolitische Partei *Sri Lanka Podujana Peramuna* (SLPP) überragende 44,65 Prozent der Wählerstimmen. Über den Erfolg freut sich insbesondere Ex-Präsident Mahinda Rajapaksa. Zwar ist Rajapaksa kein offizielles Mitglied der SLPP, sondern gehört wie Präsident Sirisena der UPFA an, jedoch ist die sri-lankische Freiheitspartei seit der überraschenden Abwahl Rajapaksas im Januar 2015 tief gespalten. Da ein Teil der Abgeordneten der Regierung die Unterstützung versagt hat und weiterhin Altpräsident Rajapaksa die Treue hielt, nutzt dieser nun für seine politische Rückkehr die oppositionelle Volksfront. Gründe für die Regierungsniederlage sind laut Experten unerfüllte Regierungsversprechen, die schwierige wirtschaftliche Situation und grassierende Korruption. Obwohl Rajapaksa mit seiner Schuldenwirtschaft für die wirtschaftliche Situation mitverantwortlich ist und seinem Regime Korruption vorgeworfen wird, ist er nun zum Nutznießer der Wahl geworden.

## Reaktionen auf das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis der Kommunalwahlen am 10. Februar hat das Machtgefüge Sri Lankas verschoben. Zukünftig dürfte das Wahlergebnis die ohnehin seit Monaten zerstrittene Regierungskoalition von Präsident Sirisena (UPFA) und Premierminister Wickremesinghe (UNP) weiter schwächen. Der Politikbeobachter Manjula Fernando kommentierte die Ergebnisse: „Präsident Sirisena muss in irgendeiner Form reagieren, vielleicht mit einer Regierungsumbildung“. Laut Fernando sei es möglich, dass Sirisena mit seinem Koalitionspartner bricht, sich auf seine innerparteilichen Gegner zubewegt und Rajapaksa zum neuen Premierminister macht. Wahrscheinlicher sei aller-

dings, dass Rajapaksa bei den nächsten nationalen Wahlen im Jahr 2020 die Regierung frontal herausfordere. Als Reaktion auf die Wahlniederlage der Regierungskoalition bei der Kommunalwahl forderte Altpräsident Mahinda Rajapaksa am 12. Februar eine Auflösung des Parlaments sowie Neuwahlen.

## Kabinettsumbildung nach Kommunalwahlen

Die *United National Party* (UNP), Sri Lankas Mehrheitspartei im Parlament, hat beschlossen, das Koalitionsbündnis mit der *United People's Freedom Alliance* (UPFA) für den Rest der Amtszeit unverändert fortzuführen. Bei einer Sondersitzung der UNP am 13. Februar hatte Premierminister Wickremesinghe (UNP) Präsident Sirisena die Entscheidung seiner Partei übermittelt. Durch die Wahlergebnisse wurde anschließend am 25. Februar das Kabinett der Einheitsregierung umgebildet. Wickremesinghe wurde dabei als neuer Kabinettsminister für Recht und Ordnung vereidigt. Bei der Kabinettsumbildung wurde die Anzahl der UNP-Minister erhöht. Insgesamt wurden sechs Kabinettsminister, drei Staatsminister und ein stellvertretender Minister von Sirisena vereidigt. Der Präsident sagte, das Urteil des Volkes zeige die Notwendigkeit, politische Reformen durch Änderungen im Kabinett zu beschleunigen.

## Personalentscheidungen nach der Kabinettsumbildung

### Kabinettsmitglieder

- Ranil Wickremesinghe: Minister für Recht und Ordnung
- Lakshman Kiriella: Minister für staatliche Unternehmen und Entwicklung (Region Kandy)
- Kabir Hashim: Minister für Hochschulbildung und Straßen
- Sagala Ratnayake: Minister für Jugend und südliche Entwicklungen
- Harin Fernando: Minister für digitale Infrastruktur und ausländische Angelegenheiten
- Ravindra Samaraweera: Minister für Natur und nachhaltige Entwicklungen

### Staatsministerien

- Piyasena Gamage: Staatsminister für Jugend und südliche Entwicklungen
- Ajith Perera: Staatsminister für Strafvollzugsreformen und Resozialisierung
- Harsha de Silva: Staatsminister für Staatspolitik und Wirtschaft

### Stellvertretende Minister

– J.C. Alawathuwala: Vize-Innenminister

### **Gewalt gegen Muslime**

Mehrere Konflikte zwischen singhalesischen Buddhisten und muslimischen Gemeinden beherrschten seit Februar die Schlagzeilen (s. nachfolgenden Text). Die sri-lankische Regierung hatte vom 6. bis 14. März aufgrund der Unruhen einen landesweiten Ausnahmezustand verhängt, um „drastische Maßnahmen gegen Menschen zur ergreifen, die Gewalt in ihren religiösen Gemeinschaften anheizen“, so ein Regierungssprecher. Zudem blockierten die Behörden zeitweise *Social-Media*-Kanäle wie Facebook, um die weitere Verbreitung von Spannungen zwischen der buddhistischen und muslimischen Bevölkerung zu stoppen. In der Stadt Kandy verhängten die Behörden zudem eine lokale Ausgangssperre, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. Schon in den vorausgegangenen Monaten kam es vermehrt zu gewaltsamen Konflikten zwischen den beiden religiösen Gemeinschaften. Der muslimische Rat von Sri Lanka (MCSL) verurteilte alle Angriffe und forderte die Regierung auf, eine unparteiische Untersuchung einzuleiten. „Die Regierung trägt die alleinige Verantwortung, die Sicherheit aller ihrer Bürger unabhängig von Religion, Kaste oder ethnischer Zugehörigkeit zu gewährleisten“, sagte der Rat in einer Erklärung.

### **Sirisena ernennt Mitglieder für das Amt für vermisste Personen**

Präsident Maithripala Sirisena ernannte am 27. Februar sieben Mitglieder für das Amt für vermisste Personen (*Office on Missing Persons*, OMP) und händigte ihnen am 28. Februar im Präsidialsekretariat ihre Ernennungsschreiben aus. Es handelt sich um Saliya Peiris (Präsidentenberater), Mohan P. Peiris (Generalmajor, der als offen für kritische Nachfragen gilt), Nimalka Fernando (renommierte Menschenrechtlerin), Somasiri Liyanage, Jayadeepa Punyamoorthi, Mirak Raheem und Kana-pathi-pillei Wendan. Das OMP ist ein wichtiger Mechanismus im *Transitional Justice*-Prozess, zu dessen Entwurf und Umsetzung einer umfassenden Strategie sich die sri-lankische Regierung im Jahr 2015 verpflichtet hatte. Das OMP hat seinen Betrieb im September 2017 aufgenommen. Die dafür ausgewählten Kommissionsmitglieder wurden in einem vom Verfassungsrat durchgeführten, offenen und wettbewerbsorientierten Verfahren ausgewählt. Die ernannten Mitglieder mussten Qualifikationen in den Bereichen Tatsachenermittlung und Tatsachenuntersuchung, Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, humanitäre Hilfe oder eine

andere für das OMP relevante Qualifikation nachweisen. Die Regierung kündigte an, die OMP-Mitglieder würden mit ihren Ermittlungen umgehend beginnen. Sri Lankas Finanz- und Medienminister, Mangala Samaraweera, stellte Anfang März klar, dass das OMP eine wahrheitssuchende Funktion hätte, jedoch kein Justizorgan und somit keine Strafverfolgungsbehörde sei. Grund für die Klarstellung war seiner Aussage nach das verbreitete Gerücht, das OMP würde in einer Art „Hexenjagd“ Kriegshelden strafrechtlich verfolgen.

### **Mindestens sieben Tote nach Hauseinsturz**

Mindestens sieben Menschen sind bei dem Einsturz eines Hauses in Sri Lankas Hauptstadt Colombo ums Leben gekommen. Das als Teelager genutzte Gebäude stürzte Mitte Februar plötzlich ein. Zur Zeit des Vorfalles arbeiteten etwa 25 Personen in dem einstöckigen Gebäude. Wie es zu dem Einsturz des etwa hundertjährigen Hauses kam ist noch unklar. In den vergangenen Jahren sind bereits mehrere Gebäude aufgrund von Konstruktionsfehlern oder mangelnder Instandhaltung in Colombo eingestürzt.

### **Alkoholverbot für Frauen**

Der Erwerb von Alkohol ist in Sri Lanka ein Privileg der Männer. Seit einem im Jahr 1979 erlassenen Gesetz ist es Frauen verboten, Alkohol zu kaufen. Mitte Januar sollte das Gesetz vom amtierenden Finanzminister Mangala Samaraweera abgeschafft werden. Zugleich sollten die Öffnungszeiten von lizenzierten Alkoholverkaufsstellen verlängert werden. Doch die geplante Änderung zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen wurde vom Präsidenten Maithripala Sirisena verhindert. Die Gesetzesänderung hätte gleichzeitig Frauen ermöglicht, ohne offizielle Genehmigung in Bars zu arbeiten. Die geplante Gesetzesänderung stieß im konservativ-buddhistisch geprägten Sri Lanka unter den Parlamentariern auf Widerstand, die daraufhin Samaraweera scharf kritisierten. Ihm wurde vorgeworfen, die buddhistischen Werte zu untergraben und den übermäßigen Konsum von Alkohol zu fördern. Daraufhin ordnete Sirisena am 14. Januar an, die geplante Gesetzesänderung zurückzuziehen. Der von Samaraweera durch das Gesetz geförderte Gleichstellungsgedanke wird ohnehin stark angezweifelt. Als Finanzminister gilt sein Interesse nämlich insbesondere den Einnahmen aus Alkoholsteuern. Zusätzlich hätte auch die Tourismusindustrie von dem neuen Gesetz profitiert. Die Tourismusbranche hatte in den vergangenen Jahren vermehrt bemängelt, dass weibliche Touristen keinen Alkohol erwerben könnten und Bars zu früh schlossen.